



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A) 73600-3667. Für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3666-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschild

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: Num.-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: Num.-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 101 - B 50

SONNABEND, 28. FEBRUAR 1931

ABEND-AUSGABE - V

Einigung in Rom

Henderson fährt wieder nach Rom zurück

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 28. FEBRUAR

Die letzten Besprechungen zwischen dem englischen und italienischen Unterhändlern haben in den heutigen Mittagsstunden in der englischen Botschaft zu einem vorläufigen Abgleich geführt. Nach längerer Arbeit ist ein provisorisches Abkommen erreicht worden, durch das die in London in der Schwere gestehenen Fragen erledigt werden können. Die Einzelheiten dieser Abmachung würden nun von denselben englischen Unterhändlern der französischen Regierung bei der Durchsicht durch Paris unterbreitet werden.

Sollte die französische Regierung sich einverstanden erklären, würde das Abkommen auch der amerikanischen, der japanischen, der englischen Regierung und den englischen Dominien zur Kenntnis gebracht werden.

Die englische Delegation verläßt heute 14 Uhr Rom mit dem Pariser Zug und wird morgen die notwendigen Rückfragen in den französischen Außenbüros vornehmen. Sie kehrt aber bestimmt damit, am Montag in London zu sein. Eine Ausrückung, ob die französische Zustimmung nur mehr eine Formalie sei oder ob die italienische Standpunkt noch weitere Verhandlungen in Paris notwendig mache, war von den englischen Delegierten nicht zu ermitteln.

Wiedergeburt der Anständigkeit

Von THOMAS MANN

Am ersten großen Aufsatz, den Thomas Mann im ersten Heft der bereits angekündigten politischen Wochenschrift „Der Staat seit ihr“ veröffentlicht:

Jeber, der im geringsten teil hat am politischen, künstlerischen, am allgemeinen öffentlichen Leben, erfährt täglich — sei es beiseite gefällig oder überleitend — mit allen Sinnen das triumpfhafte Fortdauern verfinstelter, depressiver, geistlich- und triumpferfüllter Mächte, einer hemmungslosen Skatation, die ihren Höhepunkt keineswegs schon erreicht hat, aber ihm mit ihrer Schnelligkeit auftritt, und die von ihren Trägern und pseudo-literarischen Apologeten auf den Namen der Revolution — der nationalen Revolution gestaut worden ist.

Dieser erkanntlich niederrichtige Maßstab bewahrt einige Verführungsstoffe, namentlich bei der Jugend. Wenn fallen kann ihm nur, was nicht mehr, daß Revolutionen immer für den Menschen, nie gegen ihn gemacht werden; daß sie, so blutig sie sich unter Umständen gebären mögen, im tiefsten Grunde hoheitsartig wohlwollend nach Meinung, Gesinnung, Zielen, nie aber selbsttätig, finstler, widerwärtig sind; daß ihre Wille, ihr Traum, ihr tragisch-ungemessenes Ziel der Vermehrung dessen gilt, was der Mensch aus einem ihm eingetragenen untergehenden Stoffen „Das Götze“ nennt, das heißt eben jener Gedanken, die mancher Berichter heute als allseitige Gemeinplätze bezeichnen zu sollen meint, der Freiheit, der Würde, der Gerechtigkeit. Das war immer so. Nie hat eine Revolution, deren Namen teils unverständliches Götzeheil war, die Gabe der Güte, des Unrechts und der Anständigkeit geführt, noch kann sie es jemals tun. Denn jene entgegengesetzten, wertlich und unerfüllbar revolutionären Gedanken sind nicht bloß „bürgerlich“, sie sind ewig, sofern etwas Biederkeit ewig sein kann, und sich über je mühsamer, weil man etwas von der Lebenswirklichkeit der bürgerlichen Ideologie hat lauten hören; sie einzubilden, die bürgerliche Anständigkeit jeft aus der Welt genommen und so jeft revolutionär, die in Wort und Tat zu verhöhen — das befehle die aberne Halbblüdig, die selbst bei angepannter Einbildungskraft zu erdenen ist.

Ich spreche von Selbstbildung und gebe damit zu verstehen, daß ein Stück Bildung in jener Abwärtsentwicklung einfließen ist, das aufzusuchen und aus dem Bereiche des geistlich Mühsamen zu retten, ich und andere, von der Götzeheit unterer geistigen Lage wegschieben in jünger Zeit verurteilt haben. Am glücklichsten hat das der holländische Sozialist Hendrik de Man in einem Vortrag getan, das Klügliche, Nützliche und Nützliche vielerlei, was nicht nur zur Psychologie des sogenannten Rationalismus, sondern über die geistliche und politische Situation im Ganzen vorgebracht worden ist.

Er erörtert da die sehr erörterungswürdige Frage, inwiefern es in der Natur des Menschen liegt, was geistliche Natur der Menschheit die sich von ihnen beeinflussen lassen zu haben oder zu tunen und weist auf die Zusammengehörigkeit hin, die überall zwischen der Quantität nationalitätlicher Strömungen und der Stufe der Massengesellschaft bestehen. Das gelte, sagt er, nicht nur von den großen Massengesellschaften, nicht nur von der Kriegspolyphe; es liege im Wesen aller Menschen die Affektive: geistliche, daß sie von einer entsprechenden Anteilnahme begehrt sind, und der Götzeheit nicht nur eine natürliche Affektive tun wie ich deshalb wenig günstig auf die Massengesellschaft, weil er auf einer „ausgelassenen symbolischen Denkmäler“ beruhe. Er findet diese symbolische oder prälogische Denkmäler, der kein Götze hat zu haben den Götze machen können, in der Menschennatur begründet und entschuldigbar, sofern man nicht aus der Not eine Tugend und aus einer Schwäche eine Theorie mache.

„Dies aber“, sagt er hinaus, und ich bitte, ihrer Biederkeit nicht was im Namen der Götze, die ich schon läßt — aber er geschieht bei dem Willkür in wachsendem Maß. In erster Linie hat das Vertrauen, mit unrenen eigenen politischen Kreisen und Parteigewerben fertig zu werden, aus in gebildeten Kreisen dazu geführt, daß man gegen die Überlieferung der Stelle des aktionalen Denkens im sozialen Leben durch unsere Väter und Vorgänger reagiert hat. Dieser Reaktion verbanden wir zum Beispiel in der Teilnahmepolitik manche neue und wertvolle Einsichten im Bereich der sozialen, die unterbewußten Gemütszustände unserer Handlung. Soeben ist nur, daß man dabei die doch so wesentliche Ebene zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis einer Ursache und ethischer Wirkung eines Aktos zu verwirren pflegt.

Stegerwalds Programm

Zur Abwehr der Arbeitslosigkeit

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat die Beratung des Kabinetts seines Ministeriums im Reichstagsauschuß zum Anlaß genommen, um über Arbeitslosigkeit, Lohnpolitik, Schlichtungswesen, Sozialversicherung wichtige Erklärungen abzugeben. Er unterließ dabei zwischen Wirtschaftswesen und Sozialpolitik auf lange Sicht und Maßnahmen, die für die Übergangsperiode getroffen werden müssen.

Zu der zweiten Kategorie rechnet er die Innarentwicklung der Weltökonomie, die in größterem Stil erfolgen soll, sobald die Beschaffung langfristiger Kredite möglich ist. Ausländische Bankarbeit sollen festgehalten werden. Von der Arbeitslosenpolitik könne man sich weder einen glänzenden Erfolg noch eine moralische Wirkung versprechen. Etwas anderes wäre ein freiwilliger Arbeitsdienst.

Stegerwald kam dann auf den Vorschlag des Reichsanwalts zu sprechen, wichtige Subjekte dadurch zu beleben, daß ihnen aus Mitteln der Arbeitslosen-Versicherung Vergünstigungen gewährt werden. Als solche Industrien können Kohle, Eisen, Schiffbau und schließlich die Reichsbahn in Betracht. Ob aber durch eine weitere Senkung der Rohstoffpreise auch ein größerer Nachlaß in den Zentren für Gas, Wasser und Elektrizität möglich wäre, erhebe Zweifelhaft. Bei Eisen und Stahl liege die Produktion ohnehin größer als die Absatzmöglichkeiten, Spricht man vom Schiffbau, dann muß man feststellen, daß die Welttonnage ausreicht, sogar zu groß ist. Inzwischen wird in absehbarer Zeit der Krieg Ersatz durch neue Schiffe notwendig sein. Es ist die Frage, ob in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit schon jetzt Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen für die Industrie, die erst in einer späteren Zeit fertig werden. Die Reichsbahn könnte nach der Behebung der Gesamtwirtschaft beitragen durch Strecken-Überbau, Tunnel und Brückenbau. Aber das alles ist im Kern eine Frage der Sozialwirtschaft und der Finanzen. Kredite aber hängen von Umfang und Tempo der deutschen Gesamtwirtschaft ab.

Arbeitszeitverlängerung?

Arbeitszeitverlängerung kann auch nicht als das große Mittel angesehen werden. Denn nur noch gut die Hälfte der Arbeiter sind in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr voll beschäftigt. Betrachtet man die in diesen Wirtschaftszweigen nicht oder nicht voll ausgenutzten Arbeitskräfte und die Beschäftigten als eine Einheit, dann ist zu fragen, daß gegenwärtig in diesen Wirtschaftszweigen täglich etwa nur 7/8 Stunden gearbeitet wird. Es kann nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß eine schamhafte Arbeitszeitverlängerung in der komplizierten deutschen Volkswirtschaft viel erreichen und doch man ohne Nebenproduktion den Lebensstandard des städtischen Volkes aufrecht erhalten kann. Aber führen andere Mittel? Und zu einer Arbeitszeitverlängerung gelangen, denn es ist für uns nicht tragbar, im Jahre 1931 vier und mehr Millionen Menschen auf den Straßen zu haben.

Die Lohnpolitik der Regierung

Aber die deutsche amtliche Lohnpolitik beruhen noch immer träge Anschauungen. Persönlich möchte ich vor einem gefer-

ligen Eingreifen in Tarifverträge warnen. Was gegenüber Syndikaten von Tarifverträgen Recht ist, wäre für Höchstzulagen von Tarifverträgen billigt.

Nach der volkswirtschaftlich-praktischen Seite hin fand die Reichsregierung im September 1930 vor der Frage: Was ist bei unserer Überlastung das Primäre, die Senkung der Produktionskosten oder die Einführung einer wöchentlichen Arbeitszeit? Die Reichsregierung sah aus äußeren und innerpolitischen Gründen die Senkung der Produktionskosten als das Primäre an. Dabei konnte keine Regierung, möchte sie ausweichen, wie sie wollte, an der Lohnfrage vorbeigehen. Ich halte sowohl das Verbleiben auf der Kaufkrafttheorie wie auch eine allgemeine Lohnsenkung von 20 bis 25 v. H. für falsch. Es muß bis zum 1. April ein klarer Kurs gehalten werden. Bis dahin sind etwa 80 v. H. aller Tarife erneuert. Nach der Regierung nach vom 1. April wird es sein, zu überlegen, ob noch auf eines der letzten Hilfsmittel, nämlich auf die geistliche Arbeitszeitverlängerung, zurückgegriffen werden sollte, falls bis dahin das Arbeitslosenheer nicht wesentlich vermindert werden konnte. Der Lohnpolitische Übergang zu diesem Schritt ist nicht einfach.

Was die Lohnhöhe anlangt, so ist zu fragen, daß in Europa, in denandinavischen Ländern, in England, in Holland und in der Schweiz die Löhne meist höher, in den übrigen europäischen Ländern meist niedriger sind als in Deutschland. Die Lohnhöhe ist aber kein ausreichender Maßstab für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Es kommt auch darauf an, was für die Löhne geleistet wird. Hinsichtlich der Leistung steht der deutsche Arbeiter mit an der Spitze aller europäischen Länder.

Zum Schluß noch einiges zur Sozialversicherung. Die Arbeitslosenversicherung wird gegenwärtig in Verbindung mit der Arbeitslosenfrage überprüft. In absehbarer Zeit wird an eine größere Reform der Invalidenversicherung herangegangen werden müssen. Gegenwärtig sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor größeren Beitragsverpflichtungen zu bewahren. Sehr dringend ist die Reform der Berufsunfähigkeitsversicherung. Die Berufsunfähigkeitsreform der Invalidenversicherung besteht darin, daß sie eine ganz unzulässige Mäßigkeit hat, daß die Zahl der Mitglieder sehr ständig verringert und daß heute etwa knapp 600 000 Mitglieder, 270 000 Pensionäre und Invalidenrentner unterhalten müssen. Ich hoffe, daß sich der Reichstag schon in den nächsten Tagen mit einem Gesetzentwurf zur Sicherung der Berufsunfähigkeit befassen kann.

Zusammenfassend möchte ich sagen: über die Verteilung von Justizleistungen und Unausgeglichenheiten im Tarif-, Schlichtungs- und Sozialversicherungswesen lasse ich mit recht, am Kern dieser Einrichtungen dagegen lasse ich für meinen Teil nicht rütteln!

Sachsens neuer Bevollmächtigter

Zum Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Stellvertreter des Bevollmächtigten Sachsens im Reichstag, Dr. v. Scharf, ist Sozialminister Dr. Reichig unter Ernennung zum Ministerial-